

Bezugspreis:
Wochenblatt 10,50 M., monatlich 3,50 M.
Preis im Voraus, voraus zahlbar.
Abzug monatlich 3,50 M., erst
Nachzahlung. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
6,75 M., für das übrige Ausland
10,75 M., bei jährlich einmaliger
Ausstellung 8,75 M.
Bestellungen nehmen an
Dänemark, Schweden,
Luzern, Schweiz u. die Schweiz.
Eingetragen in die
Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareil-Schrift
zählt 1,50 R.
Zeitungssatzung 60 %
„kleine Anzeigen“, das
gedruckte Wort 75 %
(enthaltend zwei
Zeilenbreite)
Wort 50 %
Stellenanzeigen
60 %
Werte über 15 Buchstaben
zählen für
zwei Worte.
Leitungssatzung 50 %
Familien-Anzeigen, politische
und gewerkschaftliche
Korrespondenz-Anzeigen
1,50 R.
die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft,
Berlin
SW 68, Lindenstraße 3,
abgegeben
werden.
Gesamt von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 16. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Wie Clemenceau siegte.

Umschwung bei den Gemeindewahlen.

Während in Italien und Belgien die Sozialisten einen
unbeschränkten Wahlerfolg errangen, erscheint der 16. November
in Frankreich als ein Triumph Clemenceaus, somit als eine
Niederlage der Sozialisten. In der Tat verloren
die Sozialisten 34 Mandate; statt 101 Siege bei den Wahlen
im Jahre 1914, errangen sie am 16. November nur 67 Man-
date.

Zwei Wochen später, am 30. November, bei den Ge-
meinderatswahlen, vervollständigt bei den Stich-
wahlen vom 7. Dezember, trat jedoch scheinbar ein plötzlicher
Umschwung ein. In Paris stieg die Zahl der sozialisti-
schen Stimmen gegenüber den Parlamentswahlen von
152 000 auf 160 000, während die bürgerlichen Stimmen von
383 000 auf rund 500 000 Stimmen zurückgingen. Die Zahl
der sozialistischen Gemeinderatsmitglieder stieg von 16 auf 20. Der
Pariser Gemeinderat zählt 80 Mitglieder. Sie müßte 28 be-
tragen, wäre die Wahlkreiseinteilung eine gerechte.

Noch größer sind die Erfolge in den dicht um Paris ge-
lagerten Vororten. Bisher hatten die Sozialisten in 7 Vo-
rororten die Mehrheit. Jetzt in 24 Vororten, und zwar in allen
bedeutenderen. In vielen anderen Vororten, wo bisher kein
Sozialist in den Gemeindevvertretungen saß, sind sozialistische
Minoritäten gewählt worden.

Noch eklanter ist der sozialistische Wahlsieg in der
Provinz. Von allen großen französischen Städten sind
nur Bordeaux und Toulouse in ungeteilten bürgerlichen
Besitz geblieben. Sogar Toulouse, das die Sozialisten infolge
der Spaltung der bürgerlichen Parteien vorübergehend er-
obert hatten, fiel wieder an den nunmehr geeinigten bürger-
lichen Block zurück. Dagogen eroberten die Sozialisten Lyon,
Marseille — diese Stadt mit Hilfe der unabhängigen Sozia-
listen —, Lille, Toulon, Grenoble, Rochefort, Tourcoing,
Troyes, St. Claude, Berneux usw. Sie besaßen
Noubaig, Brest, Limoges, Montluçon, Montcau-les-Mines,
Lens usw. Sie eroberten mit Hilfe der Radikalen und un-
abhängigen Sozialisten von der Rechten eine Reihe großer
Städte, in deren Gemeinderäten sie erhebliche Minde-
rheiten haben, wie Savre, Nantes, Tours, Château-Thierry,
Boulogne, Valenciennes, Douai usw.

Man konnte annehmen, daß die Gemeinderatswahlen
die Niederlage der Sozialisten besiegeln würden. Einmal,
weil die Gemeindepolitik für die sozialistische Agitation
einen weniger günstigen Resonanzboden bildet. Zweitens war
man berechtigt anzunehmen, daß die Masse der politisch un-
sichereren Wähler sich der politischen Strömung vom 16. No-
vember anschließen würde, während die Sozialisten, finan-
ziell und physisch noch erschöpft, entmutigt durch ihre Nieder-
lage, nicht die nötige Schwungkraft besitzen würden, um den
Nachdruck zu führen. Diese Umstände waren teilweise un-
leugbar vorhanden — wir meinen die physische und finan-
zielle Erschöpfung —, haben aber den unbestreitbaren Wahl-
erfolg der Sozialisten nicht verhindern können. Um ihn rich-
tig zu würdigen, muß man sich die Niederlage vom
16. November etwas näher ansehen und auf ihre Ur-
sachen zurückgehen.

Zunächst muß in Rechnung gestellt werden, daß die
Stimmzahl der Sozialisten gegenüber den Wahlen von
1914 um 20 Proz. — von 1 330 000 auf 1 625 000 — zu-
nahm, während die Anzahl der abgegebenen Stimmen von
8 100 000 auf etwas über 7 000 000, also um über 12 Proz.,
zurückging. Wir stellen Elch-Bohringen hier nicht in Rech-
nung. Während die Sozialisten im Jahre 1914 von 602 Man-
daten 101 erhielten, also ihre Mandatszahl ihrer Stimmen-
zahl entsprach, hätten sie 1919 mindestens 150 (mit den
effektiven Stimmen 160) Mandate erhalten müssen, statt
der 67 Mandate, die ihnen geblieben sind.

Dieses Mißverhältnis zwischen den sozialistischen Stim-
men und Mandaten, das zunächst nicht allgemein ersichtlich
war, ist einerseits dem Wahlsystem zuzuschreiben, dessen
Mechanismus hier erklärt worden ist (siehe „Vorwärts“ vom
15. November), andererseits, der bürgerlichen Wählerpolitik.
Bei den Gemeinderatswahlen ist zwar im allgemeinen auch
das Wahlsystem gültig, doch nur nach Orten. Es
trifft also automatisch ein Ausmaß ein, denn nicht immer
ist der Wahlsatz einer bestimmten Partei günstig. So
dort, wo eine Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht
wird, Stichwahlen eintreten, an der alle Listen wieder teil-
nehmen oder auch neue Listen gebildet werden können, haben
die bürgerlichen Parteien nur wenig Interesse, von vorn-
herin einen Block zu bilden. Von dieser Zersplitterung pro-
fitieren natürlich die Sozialisten.

Das allein erklärt aber nicht den Erfolg bei den Ge-
meinderatswahlen, wie die Wählerpolitik und das Wahlsystem

Die Kohlennot in Wien.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Man erwägt die Einstellung des gesamten
Personenverkehrs, da die Kohlensendungen aus
Oberschlesien ausbleiben.

Sie dürfen.

Die britische Regierung erklärt amtlich, einen etwaigen
Wunsch der baltischen und anderer Randstaaten,
Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen,
feineste Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen.

nicht genügen, um die Niederlage bei den Parlamentswahlen
zu erklären. Ziehen wir auch die Stimmzunahme in Rech-
nung, und die ist schließlich der Maßstab zur Beurteilung
eines Wahlergebnisses, so ist sie bei weitem nicht ausreichend
angesichts der revolutionären Situation, die der Krieg in
Frankreich wie andernwärts geschaffen hat. Die Stimmen-
zunahme entspricht eher einer normalen Entwicklungs-
periode. Nach dem fürchterlichen Blutbad des Krieges, der
die gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und moralische
Bankrotterklärung der kapitalistischen Gesellschaft ist, konnte
man mit Recht auch in Frankreich ein ganz anderes
Resultat erwarten.

Wer von Deutschland nach Frankreich kommt, dem wird
sofort eine der Ursachen der — sagen wir relativen —
Wahlniederlage der sozialistischen Partei klar. Während man
in Deutschland noch lebt wie zu Kriegeszeiten, ist in Frank-
reich alles im Ueberflus vorhanden. Gewiß ist alles drei-
und viermal teurer — gewisse Fertigfabrikate sogar noch
mehr — als vor dem Kriege, aber auch die Löhne, Gehälter,
Einnahmen der Bauern, sind drei- und mehrmal höher, be-
sonders die Einnahmen der Bauern. Die Steuern sind zwar
gestiegen, aber fast ausschließlich die indirekten
Steuern, die man bekantlich nicht als Steuern gleich
erkennt, und auch diese verhältnismäßig in nur geringem
Maße. Weder die alte Kammer noch Clemenceau hatten ein
besonderes Bedürfnis, den Wählern noch vor den Wahlen
neue Steuern aufzubuhlen. Man behalt sich mit der Not-
presse, allerlei Kreditvorrichtungen und kurzfristigen Schatz-
scheinen.

Im übrigen rechnete der Finanzminister Klotz dem
freudig aufhorchenden Epischbürger vor, wieviel hun-
dert Milliarden Deutschland an Frankreich
zahlen habe. Deutschland wird zahlen, war und blieb
das Leitmotiv.

Dem Durchschnittsbürger kommt aber erst zum Bewußt-
sein, daß etwas faul im Staate ist, wenn die Steuern wachsen
— das heißt die direkten Steuern —, wenn seine Einnahmen
mit den notwendigen Ausgaben nicht mehr in Einklang
des Herkommens stehen. Wohl traut der Franzose diesem
Frieden nicht so recht, aber seine Unzufriedenheit war mehr
eine latente. Die Sozialisten, die sich bemühten, die
Situation in ihrem wirklichen Lichte zu schildern, wurden
als unbehagliche Wähler angesehen und als „Bolschewisten“
verföhrt.

Und hier kommen wir auf die zweite Ursache des Miß-
erfolges der Sozialisten. Die sozialistische Partei hatte für
die Wahlen ein ausgezeichnetes Kampffeld. Sie brauchte nur
aufzuzeigen, daß die kapitalistische Gesellschaft durch diesen
Krieg Bankrott gemacht hat, aus dem der Sozialismus allein
die Menschheit zu retten vermag. Statt dessen gingen
sie Clemenceau in die Falle und verbißten sich in
die Verteidigung von Sowjetrußland. Nun wird zwar kein
Franzose noch einer Expedition gegen Rußland ledigen, aber
nichtdestoweniger sind die Franzosen seit dem Separat-
frieden, den Rußland mit Deutschland geschlossen hat, schlecht
auf die Bolschewisten zu sprechen. Der Wahlkampf, statt
ausgeföhrt zu werden unter der Parole: die Kapitalismus,
die Sozialismus, wurde ausgeföhrt um das Schreckgespenst
des Bolschewismus — in Rußland.

Dieses politische Schreckgespenst, das zu verteidigen die
noch unerfahrenen Führer der neuen Mehrheit die heroische
Dummheit begingen, konnte bei den Wahlen zu den Ge-
meinderäten nicht mehr in Aktion treten. Denn hier handelt
es sich um lokale, wirtschaftliche Fragen. Daher erklärt es
sich, daß innerhalb vierzehn Tagen die antisozialistische —
vielmehr die antibolschewistische — Strömung verlegte und
die Sozialisten, trotz ihrer Erschöpfung, Erfolge errangen,
von denen sie selbst überrascht wurden. Und vielleicht ist es
gut so. Die Niederlage bei den Parlamentswahlen wird
ihnen eine Lehre sein. Die Verwüstungsaufgaben, die ihnen
die Erfolge bei den Gemeindewahlen stellen, werden eine
Schule sein, in der sie sich zu größeren Aufgaben praktisch
vorbereiten können. J. S. J.

Geschrei um Reinhard.

Wie immer, wenn einer von den Ihren fällt, beginnen
auch im Falle Reinhard die Alldeutschen den üblichen Feldzug
der Belittionen, Deputationen, Klageartikel usw. Ein paar
gefügige Vertrauensleute aus dem Mannschaftsstande wer-
den vorgeschickt, nachdem ihnen vorher von ihren Offizieren
der Fall in möglichst gefärbtem Licht geschildert worden ist.
Zimmer wieder taucht das Wort vom „Reiter Berlins“ auf.

Wir haben schon bei früherer Gelegenheit die eigen-
tümliche „Reiterrolle“ Reinhard beleuchtet. Reinhard hat
sich mit seinen Leuten während des ganzen Januar-
putsches so passiv wie irgend möglich verhalten.
Wir besitzen hinreichende Zeugnisse dafür, daß eine Depu-
tation, die Reinhard aufforderte, zum Schutze der Regierung
einzugreifen, von ihm in der höhnlichsten Weise abge-
wiesen wurde. Wir haben auch Beweise dafür, daß Rein-
hard noch am 10. Januar sich weigerte, mit den Potsdamer
Truppen des Majors von Stephani Hand in Hand zu ar-
beiten. Alles, was im Januar an ernsthaften militärischen
Handlungen zur Niedersetzung des Spartakusaufstandes ge-
schah, ist zum mindesten ohne Reinhard getan worden. —
Seine „Verdienste“ im März sind ja durch den Martobroch
zur Genüge festgestellt. In Wirklichkeit hat Reinhard kein
anderes Ziel während der Unruhen verfolgt, als sich selber
stark zu machen und dann für alle Eventualitäten bereitzu-
halten. Wir wählen nicht, warum ihm die Regierung hier-
für noch besonderen Dank schulden sollte.

Kurzfristige Demagogienpolitik.

Heinrich Ströbel veröffentlicht in der neuesten Num-
mer der „Weltbühne“ Ausführungen über den Leipziger
Parteitag der Unabhängigen, die wir wegen der treffenden
Kennzeichnung des Wesens dieser Tagung unverföhrt
wiedergeben:

„Eine Abkehr vom nationalstaatlichen Bohnstimm und der mili-
taristischen Propagandapolitik wäre gleichwohl durchzuführen ge-
wesen, wenn die Unabhängigen sich mit den Rechtssozialisten in
einen demokratisch-sozialistischen Block zur Sicherung der Republik
zusammengeschlossen hätten. Der Bolschewismus hätte dann vor einer
Politik der inneren und der internationalen Verständigung die
Segel streichen müssen. Aber leider hat der Parteitag unferne
schlimmsten Erwartungen noch übererfüllt. Niemand hat
man Verhandlungen von solcher Gebundenheit, niemand
den Triumph solch trostloser Mittelmäßigkeit erlebt. Niemand
sehen der deutschen Sozialdemokratie so verhängnisvolle
Wohlschlüsse. An Hanses Stelle sieht nun, neben dem hilflos besonnenen
Parteilöhler des Bolschewismus Grispian der magisterale Fanaliter
Däumig, eine wunderliche Mischung von Revolutionsfanaliter und
Organisationsphilister. Sie dirigieren forkan mit den Stöcker
und Moenen die Partei. Selbst der alte Heißsporn Lebehour war
wegen seiner demokratisch-parlamentarischen Vorbehalte und seiner
Verwerfung des Exzesses den wachsenden Rätefanaliten nicht
radikal genug. Und entsprechend der Zusammenfassung des Vor-
standes legte man denn auch die Partei auf das Rätefanaliter, auf
die Diktatur des Proletariats, die dritte Internationale und die
Weltrevolution fest. Solange die Unabhängigen unter einer
solchen Führerschaft und unter dem Zwange eines so
wirklichkeitsfernen Programms stehen, sind sie als Faktor einer
positiven, aufbauenden Politik in Deutschland ausgeschaltet.
Ihr heimgangener Wortradikalismus wird ihnen,
bei der hoffnungslosen Verföhrendheit der deutschen Zustände, der
Unfähigkeit der Herrschenden und dem wachsenden sozialen Elend
auch künstlich noch Arbeiterschichten zutreiben: dem politischen Auf-
stieg und der sozialen Befreiung wird ihre kurzfristige Demagogien-
politik nimmermehr dienen. Im Gegenteil: der Bolschewismus und die
Reaktion können sich keine besseren Verbündeten wünschen. Des-
gleichen die Wählerpolitik und Imperialisten der Entente,
deren Absichten auf die Zerreißung und dauernde Schädigung
Deutschlands in den bolschewistischen Älären der
deutschen Unabhängigen und in dem unsinnigen Geschrei
von der Weltrevolution ja die willkommenste Entschuldig-
ung finden.

Demütigend wert war die Rolle, die der Chef-
redakteur der „Freiheit“ spielte. Rudolf Hilfer-
ding hat, wie ja seine Parteitagreden über die dritte Inter-
nationale und die Ausföhren des Bolschewismus bewiesen, viel zu
tiefe Einsichten in das Wirtschaftsleben und die ökonomischen Mög-
lichkeiten, als daß er ohne Widersprechen seines ganzen geistigen
Menschen diese Kurzsichtigkeit der Partei hätte mitmachen können.
Er fand ja auch manches topfere und eckliche Wort der Kritik gegen
die rabiate Stimmungsolitik der verblendeten Mehrheit. Aber er
drang nicht durch, denn kein Partei kam zu spät. Hilferding ist
das Opfer seiner eigenen Taktik geworden. Vor Jahresfrist, als
die Kantak, Bernstein, Rejtschke und ich ihn zum Kampf
gegen den bolschewistischen Heilswahn drängten,

...er jedem rücksichtslosen Verleumdung aus, weil er durch zeitweiliges Nachgeben die Fingel um so sicherer in der Hand zu behalten glaubte. Ein drittelhundertertum: denn wie konnte er über die kommunistische Konfusion zu siegen hoffen, wenn er in der „Freiheit“ dem Kommunismus unangefessene Konzessionen machte, jede entscheidende Kritik aber aus dem Blatte verbannt hat? Hat er doch nicht einmal eine Besprechung von Rautskys Buch über den „Terrorismus und Kommunismus“ zu bringen gewagt.

Nicht nur die Demokratie, sondern auch der Sozialismus hat in Leipzig eine schwere Niederlage erlitten. Wenn nicht die Logik der Ereignisse — vor allem die Rückentwicklung des Kommunismus zur Demokratie in Russland selbst — diese Fehler der Unabhängigkeit korrigiert, sind die Aussichten für Proletariat und Demokratie einfach trübselig.

Geinrich Ströbel steht mit dieser Auffassung über den sogenannten Klärungsparlament innerhalb seiner Partei nicht allein; nur hat er den Mut, das zu sagen, um des Proletariats willen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Erhabenheit der „Wozgen“ in weniger bengalischer Beleuchtung erscheint.

Die verlegnete Landtagsprengung.

Im Lindner-Prozess hat das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme als festgestellt erachtet, was jeder vernünftige Mensch als erwiesen annehmen muß, daß die Sprengung des bayerischen Landtages von Anfang an beabsichtigt war, worin auch das Attentat auf Auer vielleicht nicht zu dem ursprünglichen Plan gehörte. Auch die „Freiheit“ muß das registrieren, bekommt es aber gleichwohl fertig, zu schreiben:

Man merkt es der Urteilsbegründung an, daß sie alles heranzieht, was zur Erlösung der Schuldfrage dienen könnte. Jedoch selbst dieses Gericht hat nicht umhin können, die Frage nach einem vorbereiteten Komplott zu verneinen. Man erinnere sich daran, daß die rechtsjournalistische Presse gerade hierauf das Hauptgewicht legte. Sie hatte behauptet, daß der Anschlag auf Auer, ebenso wie sie jetzt noch mit dem Gericht zugleich behauptet, daß die Sprengung des Landtages vorbereitet war. Das erste hat selbst das Gericht als unbewiesen annehmen müssen, das zweite ist ebensowenig bewiesen. Hier steht Anschlag gegen Anschlag, wobei allerdings dem bürgerlichen Gericht und mit ihm dem „Vorwärts“ die bürgerlichen Zeugen als beweiskräftiger erscheinen, als die Zeugen aus proletarischen Kreisen.

Die „Freiheit“ will sich jetzt als Bezugslich der Landtagsprengung auf ein „non liquet“ (es ist nicht festgestellt) herausreden, wobei ihre Zeugenklassifizierung in proletarische und nichtproletarische Zeugen, von denen nur die ersten glaubwürdig sein sollen, verdammt nach Umkehrung der alten Klassenjustiz schmeckt. Aber es handelt sich gar nicht um widersprechende Zeugenaussagen, sondern die Haupttatsachen, wie die Schüsse von der Tribüne usw., sind übereinstimmend von sämtlichen Zeugen berichtet worden. Es handelt sich einfach darum, daß die „Freiheit“ nach wie vor einen verzweifeltten Kampf gegen die Wahrheit führt, den sie im Februar damit begonnen hat, daß sie jeden, der die Wahrheit über die Münchener Vorgänge feststellte, auf das niederträchtigste beschimpfte.

„Kättereipublik Athen.“

Der Schöningersche Bilderzwinkel veranlaßt einen Leser, um eine ältere Nummer der unabhängigen illustrierten Zeitschrift „Freie Welt“ (Heft 20) einzulenden und um auf einen darin enthaltenen Bilderzwinkel aufmerksam zu machen. In diesem Fall ist die Methode allerdings eine andere: die Bilder als solche sind echt, der Schöndel liegt nur in den Unterschriften.

Es handelt sich um eine Anzahl von Reproduktionen, welche die Kultur des alten griechischen Staatswesens Athen im fünften Jahrhundert vor Christi Geburt veranschaulichen. Dazu Unterschriften wie die folgenden:

Klischeeworte.

Ein Gespräch von Dr. Siegfried Verbeich (München).

„Gott sei Dank! Die Zeiten der „dunkelroten Rosen“ sind vorüber! Das heißt: beinahe vorüber. Denn Tausende von Seiten der zweiten und dritten Kongresse „arbeiten“ noch immer mit „dunkelroten Rosen“. So wie früher wirkliche Poeten vom Range Villonens, nur waren diese spärlicher damit. Die dunkelroten Rosen in der Woche des sterbenden zwanzigsten Jahrhunderts“ wäre gar kein so höchst interessantes Thema für eine Doktor-dissertation! Material gäbe es massenhaft.“

Dies, weniger bildhaft formuliert: Klischeeworte und Begriffe. „Von unseren Klischés bis auf die Zukunft.“ Denn ähnliche Phrasen wie: Demo „dunkelroten Rosen“ hat es zu allen Zeiten gegeben.“

„Und das erzählt Du mir, der ich schon seit Jahren das Unindividuelle am Individuum studiere! Jedes Zeitalter hat seine Phrasen, Begriffe, denen sich, niemand entziehen kann; schon deshalb nicht, weil man es nicht will, weil man sie schon findet. Diese Klischeeworte haben ihre eigene Mode, die natürlich gar nichts zu tun hat mit irgendeiner anderen Mode; die nur eigenen Gesetzen unterworfen ist. Wer kann voraussagen, wann ein neues Klischeewort wird? Oder wann ein modernes veraltet? Niemand kann das. Ebenso wenig wie wir die Damenleidertmode von 1923 voraussagen können.“

„Du sprichst immer von Modeklischeewörtern. Aber es gibt doch auch Klischeeworte, die keiner Mode unterworfen sind.“

Sie sind alle der Mode unterworfen, und wenn auch nur in der Anwendung, Derselbendemodewort... Aber gewiß es gibt stehende Phrasen, die nicht unterworfen sind. Die — meinetwegen — einen tiefen Sinn und großen Wert in sich bergen. Die dem Gedankenarmen und Denkschwachen manchmal doch zu einem Gedanken verhelfen. Zum Beispiel die Sprichwörter oder andere mehr oder weniger „klassische“ Zitate. Nur kann man über die Anordnung der Sprichwörter und Zitate verschiedener Meinung sein. Ich halte es für sehr geschmacklos, wenn einer seine Zitate, Reden, Aufsätze fortwährend anknüpft mit diesen Bildungsschladen; wenn einer sich Lieberzeugung verhaftet will mit Hilfe jener Dichterworte und Redensarten, der Ansprache sonstiger Bedeutender oder auch nur berühmter Leute, die über jeden Zweifel erhaben sind, oder die er für erhaben hält — seiner Hausväter. Der Jurist darf sich — meinetwegen fortwährend — vor Gericht auf sein Geheiß beziehen und der Pfarrer in der Kirche auf die Bibel. Er darf! Besser aber und größer ist die Wirkung, wenn beide nicht so viel zitieren. Wenn beide den Wortlaut ihrer Bücher geistig verarbeitet haben und nun aus dem Geist ihrer Bücher heraus reden, ohne zu zitieren. Und so ist es auch mit den Zitaten der Vorzeit. Der Dichter hat das Recht, nicht immer die Fähigkeit, eine Situation in einem Satzpunkt zu bezeichnen. Wenn aber einer zitiert: „Die Art im Haus erlosch von Gimmertmann“, dann hat er umsonst. Das sagt ja auch nur Wilhelm Tell — nicht Schiller! Schiller läßt das vielleicht sogar nur Tell sagen, um seinen begrenzten Verstand

...Zeittes, der Führer des geistlichen Volkes, der Schöpfer einer proletarischen Republik und einer hohen, zum Teil nicht wieder erreichbaren Kultur.

Die Rede des Parthenons, des bedeutendsten Bauwerks Athens, das unter der proletarischen Republik erbaut und im Jahre 438 vor unserer Zeitrechnung eingeweiht wurde.

Im begleitenden Text von Dr. Arthur Rosenberg finden sich Sätze wie dieser:

Athen hat in dieser Zeit der Diktatur des Proletariats (gemeint ist die Zeit des Perikles, Red.) eine Verfassung gehabt, die im wesentlichen dem Grundgedanken des Rätekommunismus entsprach.

Derartige Ausführungen bedeuten eine Verhöhnung der mangelhaften Schulbildung der Arbeiter. Diese sind freilich unschuldig daran, daß sie auf der Volksschule, wo man sie mit Hohnvolleregehrlichkeiten und Bibelzitate fütterte, von den politischen Zuständen des alten Athens kaum etwas gehört haben dürften. Aber das berechtigt Herrn Dr. Rosenberg nicht, seinen Lesern die tollsten Lügen aufzubringen. Athen zur Zeit des Perikles hatte wohl eine demokratische Verfassung, die aber dem bolschewistischen Ideal weitenfern stand und sich viel eher mit der den Linkskradikalen so verhassten „formalen Demokratie“ der jetzt gültigen Reichsverfassung in Parallele setzen läßt. Das wesentliche aber war, daß an dieser Demokratie nur die freien Bürger teilnahmen, während das eigentliche arbeitende Volk vollkommen rechtlos war, es bestand aus — Sklaven! Die Arbeit der Sklaven, namentlich der Staatsklaven auf Bergwerken und Galerien, ermöglichte es auch den unbemittelten Athenern, ein ziemlich mühseliges Leben auf Staatskosten zu führen und einen großen Teil ihrer Zeit in allen möglichen öffentlichen Körperlichkeiten hinzubringen, wofür sie staatliche Diäten erhielten. Aber wenn zum Beispiel in Athen ein einfaches Volksgericht mit mehreren hundert Richtern besetzt war — bei einer Gesamtzahl von höchstens zwanzigttausend freien Bürgern —, so war das eben nur möglich, weil zur gleichen Zeit Tausende von Sklaven unbarbarisch fronen mußten. Ein Sklavenstaat als Muster der proletarischen Diktatur, — höher kann das Blatt Schöningers den Schwindler nicht treiben!

„Annahme ausgeschlossen.“

Man schreibt uns:

In Gummerobach wurden durch Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung acht neue Volkswachtmeisterstellen und die Stelle eines Kriminalbeamten errichtet. Bei Sichtung der vorliegenden Bewerbungen erklärte der Polizeivorwachtmeister Prinz:

„Die Annahme eines Sozialdemokraten, auch wenn er Rechtssozialist ist, ist ausgeschlossen.“

Die Gummerobacher Behörde vertritt also immer noch die etwas veraltete Anschauung, daß ein Sozialdemokrat nicht einmal — für die neuen Stellen kommen Nachwachstbeamte in Frage — Nachwachter werden dürfe, trotzdem der sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten haben. Die Behauptung des Polizei-Oberwachmeisters wirkt doppelt unterdrückt, wenn man berücksichtigt, daß in Gummerobach von 30 Stadtverordneten 14 Rechtssozialisten sind. Weßhalb zieht der sozialistenfeindliche Beamte nicht die einzig richtige Folgerung aus seinem Verhalten und sucht dort Dienste, wo seine Gefinnungsanschauung mehr Anerkennung finden dürfte als bei einer Behörde der deutschen Republik?

Amerikaner kaufen Wien.

In Wien steht die Ankunft einer amerikanischen Finanzgruppe bevor, die das Gaswerk und die Straßenbahnen ankaufen will. In New York soll unter Teilnahme mehrerer amerikanischer Finanzleute eine „German-Austrian-Exploiting-Company“ (Deutschland-Oesterreich-Ausbeutungs-Gesellschaft) gebildet worden sein. Ihr Kapital beträgt hundert Millionen Dollar. In dem Arbeitsprogramm der Gesellschaft ist als Hauptpunkt die Erwerbung der Wiener Gaswerke und sämtlicher Wiener Verkehrsmittel vorge-

sehen, wobei die Gesellschaft sich nicht nur verpflichtet, einen modernen, bis nach Rußland während den Verlehr zu Fahrweisen unter der jetzigen Höhe aufrechtzuerhalten, sondern auch für die notwendigen Kohlen und für die Lebensmittel für das gesamte Personal selbständig ausfließen will.

Die Neugier der Befreier.

Das Bezirksamt Zweibrücken erlaubt auf Veranlassung der französischen Behörde die dortige sozialdemokratische Partei zum Auszug über nachstehende Punkte:

- a) Kurze allgemeine Definition der Partei.
- b) Ihre Grundsätze.
- c) Ihre Ziele, die sie verfolgt (Programm).
- d) Größe.
- e) Ungefährer Anhalt der Mitglieder 1. insgesamt, 2. Katholiken, Protestanten, Juden.
- f) Organ.
- g) Zahl der Führer und Vorstände.

Alte politische Nachrichten.

Ein Geschenkamt über Privatregale. Der Geschenkamt zur Sicherung der Ueberführung der Privatregale auf den Staat ist der Preussischen Landesversammlung zugegangen. Der einzige Paragraph bestimmt, daß erst nach dem 1. Dezember 1919 über Privatregale oder einzelne Regalrechte abgeschlossene Verträge bei Ueberführung der Regale nicht berücksichtigt werden.

Forderungen der Geleier Eisenbahner. Die Geleier Eisenbahner hatten vor einigen Tagen anlässlich der Entlassung zweier Arbeiter wegen fortgesetzten Diebstahls der Eisenbahndirektion die Forderung auf Wiedereinstellung der Arbeiter, Entfernung misliebiger Beamter, Erweiterung des Arbeiterausschusses sowie Lohnzuschläge unterbreitet und mit Weiterungen gedroht. Der Minister der öffentlichen Arbeiten entschied, daß die Entlassungen zu Recht erfolgt und der Lohnzuschlag abgelehnt sei mit Rücksicht auf den bevorstehenden Tarifvertrag. Die geforderte Beamtenentfernung bezeichnete der Minister als Eingriff in die Befugnisse der von der Regierung eingesetzten Verwaltung, der aufs schärfste zurückzuweisen sei. Der Eisenbahnpräsident teilte den Arbeitervertretern die Entscheidung mit und ermahnte sie zur Ruhe und Besonnenheit.

Tarifänderung der Bediensteten. Nach einer Meldung aus Bochum wurde der Tarifvertrag für die technischen Bediensteten des Deutschen Eruben- und Fabrikantenverband, dem Verband technischer Bediensteten und dem Reichsverband deutscher Angehöriger vom 1. Dezember 1918 mit Wirkung zum 29. Februar 1920 gekündigt. Die Kündigung wurde vom Bedienstetenverband anerkannt.

Wegen den Wucher mit Weihnachtsmärkten. Um weite Kreise der Bevölkerung, besonders des Mittelstandes und der Arbeiterklassen, vor Ueberbeteuerung und übermäßigem Preisforderungen auf dem Weihnachtsmarkt zu schützen, hat die Volkswirtschaftliche Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums sämtliche Kriegswirtschaftsminister, Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen telegraphisch erlucht, die Preisbildung von Weihnachtsbäumen, Weihnachtskloben und Weihnachtsgebäck besonders zu beobachten und etwaigen übermäßigen Preissteigerungen sofort nachzugehen.

Ausfuhrverbot für Bayern. Mit Rücksicht darauf, daß insbesondere in den bayrischen Grenzbezirken Geschäfte von Ausländern förmlich ausgeführt werden, hat die bayrische Regierung ein allgemeines Ausfuhrverbot für Konsumgütergegenstände, Rücheneinrichtungen, Glas, Porzellan und Steingutwaren, Nähmaschinen, Möbel und Ähnliches erlassen.

Unsere Gefangenen. Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, den schon heimgeliebten Kriegsgefangenen die noch rückständigen Arbeitslöhne auszugeben. Die dafür erzielten Guthabens sind als Wert- oder Einzahlungsbrief der Generalkriegskasse in Berlin SW. 19, Unterwasserstr. 7, einzulenden.

Zu den Klischeewörtern gehören natürlich auch die zahllosen Phrasen des lautmännlichen Priesterlehrs, ebenso die Klischeewörter in der Jurisprudenz. Wenn jede Wissenschaft ihre eigenen Klischeewörter herausgebildet hat — die Jurisprudenz übertrifft sie gewiß alle, besonders darin, daß ihre Klischees sogar dem Bauernmann manchmal schwer verständlich sind.

Aber auch hier — wie für die Philosophie — gilt das, was Schopenhauer ungefähr so ausgedrückt hat: Wer etwas zu sagen hat, etwas Neues, Tiefes, der wird immer bestrebt sein, sich möglichst deutlich auszudrücken, damit er von möglichst vielen verstanden wird.

Die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München ist vor etwa anderthalb Jahren unter Leitung von Prof. Dr. S. Kraepelin ins Leben gerufen worden. Ihre Aufgaben, die Ursachen und das Wesen der Geistesstörungen aufzuklären und weiterhin Mittel zu ihrer Verhütung, Heilung und Vinderung aufzufinden, sucht die Anstalt durch ausgebreitete Forschungen zunächst in fünf Abteilungen zu erfüllen, von denen drei den verschiedenen Gebieten der anatomischen Forschung und je eine den serologischen und den demographisch-genetologischen Untersuchungen gewidmet sind. Auch die Errichtung einer Schizophrenen- und psychologischen Abteilung steht bevor. Für die Leitung der einzelnen Abteilungen wurden hervorragende Forscher gewonnen, die nach jeder Richtung vollkommenste Unabhängigkeit und Selbstständigkeit genießen. Ihre Verbindung mit der Anstalt ist nur eine ganz lose, das eigentliche Gebiet ihres Wirkens ist die wissenschaftliche Forschung und die Beratung von Mitarbeitern für deren Aufgaben. Um den Reichtum jüngerer Kraft zur Forschungsanstalt nach Möglichkeit zu fördern, wurde eine große Anzahl von wissenschaftlichen Arbeitsplätzen geschaffen und allen jenen Körperstellen der deutschen Bundesstaaten, denen die Fürsorge des Irrenwesens obliegt, angeboten, solche Plätze gegen eine entsprechende Jahresmiete durch geeignete Ärzte zu besetzen. Fernwirkweise haben sich trotz der Abzugs der Stellen schon 20 derzeitige Körperstellen bereit erklärt, Arbeitsplätze ganz oder teilweise zu mieten. Damit ist die höchste Gewähr für ein Gedeihen der Anstalt und vor allem auch dafür gegeben, daß — eine unerlässliche Verbindung für die Forschung — der in der Anstalt durchgeführten Forschungen — die ihre Verbindung der Forschungsinstitut mit den Anstalten der praktischen Irrenpflege aufrecht erhalten wird. Die Mittel zur Unterhaltung der Forschungsanstalt fließen aus den Jinsen eines Stiftungs-Instituts und fortwährenden Zuwendungen, die u. a. auch von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft alljährlich gewährt werden.

„Im Tollhause“. Das Buch Arthur Kellers erscheint demnächst in russischer Ausgabe in einem Berliner russischen Verlag.

Ein neues Jugendbuch. Das Buch „Was ist ein Mensch?“ ist ein neues Jugendbuch, ein Schwesternbuch zur „Vorbereitung“, steht von seiner Bedeutung. Es soll ab 1. Februar 1920 für regelmäßige Beiträge Schweiz-Berlin-Schweiz-Gemeinschaften finden.

Das wichtige Konventionen „Narmer“ von Edmund Bergmann und Paul von Hell, Robert Kerschbaum, wird am 20. Dezember, 7, Uhr abends, in der Aula der Elementar-Schule, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Platz, vorlesen. Es folgen Frau Hans Kerschbaum (Ständehaus), Adolf Schlippen, Johanna Schlippen.

Sozialisierung der Elektrizitätsversorgung.

100. Sitzung, Dienstag, den 16. Dezember 1919. 10 Uhr.
Im Regierungsbüro: Reger-Kaufmann, Dr. David, Koch,
Vizepräsident Böbe eröffnet die Sitzung um 10 1/4 Uhr.

Auftrag.

Hr. Kempter (D. Sp.) führt Beschwerde, daß einzelne Unternehmen Sonderabgaben erlassen, die über die Demobilisierungsbekanntmachungen hinauslaufen.

Unterstaatssekretär Oswald erklärt, daß eine Verständigung der Ministerien über die Frage erst stattfinden wird.

Hr. David (Dem.) verweist auf die Kollagen der 4000 aus Wirtschaftskriegsbesitzern beschlagnahmten Beamten und Lehrer.

Unterstaatssekretär Oswald: Die Regierung bemüht sich die Gelegenheit, um der Nationalversammlung Mitteilung zu machen von den Maßnahmen, die sie getroffen hat, um den aus der Heimat vertriebenen Beamten zur Hilfe zu kommen. Die Reichsregierung wird der Nationalversammlung beim Zusammentritt noch vor Weihnachten ein

Gesetz über die Entschädigung der vertriebenen Kollagen-Beziehungen vorlegen. Vorher soll ein Entschädigungsverfahren eingeführt werden. Der Transport der Möbel wird so sehr wie möglich beschleunigt; die Kosten können zum größten Teil auf das Reich übernommen werden. Durch Beschäftigung sollen die Säbber und die Gemeindefunktionen verpfändet werden, unmittelbar und mittelbare Reichsbeamte unter Übernahme eines Teils der Pensionen auf das Reich wieder angestellt. Dabei sollen Lehrer an Anstalten, die auf Stützungen beruhen, staatlich angestellten Lehrern gleichgestellt werden. Mit Beschleunigung wird geprüft werden, wie den Wünschen der vertriebenen Kollagen-Beziehungen auf gleichmäßige Berücksichtigung bei anderweitiger Anstellung Rechnung getragen werden kann.

In der elch-lothringischen Abteilung des Ministeriums des Innern soll ein besonderes Referat eingerichtet und mit einem elch-lothringischen Beamten besetzt werden. — Alle diese Maßnahmen sollen zeigen, daß wie ein warmes Herz für die Räte und Reichsbeamten der elch-lothringischen Beamten besetzt und besetzt sind, möglichst schnell Hilfe zu schaffen.

Hr. Dr. Quard (Soz.) weist darauf hin, daß die süddeutschen Staaten sich gegen den

Zug von Ostfremden und Flüchtlingen

vielfach abgrenzen. Die Wege dieser Bevölkerungsbewegung wird daher einseitig auf deutsche Gebiete gelenkt, während gleichzeitig die Lebensmittelschaffung aus Süddeutschland einfach abgeschnitten ist. Darunter leidet besonders Frankfurt a. M.

Geheimrat Dr. Wies: Es ist bekannt, daß in Westdeutschland, besonders Frankfurt a. M., ein großer Teil von Flüchtlingen sich niederzulassen versucht und daß ein süddeutsches Land ein Zugverbot erlassen hat. Ein solches Verbot ist rechtswirksam. Es ist daher auch nicht zulässig, daß Preußen ähnliche Verbote erläßt, etwa für Frankfurt a. M. Durch ein derartiges Verbot würde der Zustrom von Flüchtlingen nach anderen preussischen Orten zu deren Schaden wesentlich vergrößert werden. Vertriebenen muß regelmäßige Zufuhr gewährt werden. Der Regierungsvorsteher stellt eine neue Prüfung der Maßnahmen gegen den Wohnmangel in Aussicht.

Hr. Schütz (Dnat.) stellt eine Anfrage wegen des Wohnmangels.

Unterstaatssekretär Oswald: Es liegt der Reichsregierung fern, durch die Regelung des Elches etwas anderes zu verlangen, als daß der Elch gelobt, in seiner Tätigkeit die Bestimmungen der Verfassung getreulich zu beachten. Die Reichsregierung erwartet, daß die Beamtenchaft in lokaler Beziehung ihres Elches an dem Wiederaufbau des Reiches mitwirken wird.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Nachdem will das Reich

Herstellungen und Kraftveräußerungsmittel

übernehmen. Den Kommunen wird das Recht gegeben, die Vertriebsanlagen zu übernehmen. Die Entschädigung der Anlagen, die bereits vor dem Kriege bestanden, kann nach den Herstellungspreisen oder nach dem Ertragswert der drei letzten Friedensjahre berechnet werden. Die in den einzelnen Ländern aus natürlichen Energiequellen (Wasserkraft) gewonnenen Elektrizitätsmengen müssen, soweit sie im eigenen Lande gebraucht werden, in erster Linie diesem zur Verfügung stehen. Die Verwaltung der Reichsenergieelektrizitätswirtschaft soll nach kaufmännisch-technischen Gesichtspunkten erfolgen.

Der Reichsregierung wird zur beratenden Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes ein Beirat zur Seite gestellt aus je fünf Vertretern des Reichstags, des Reichsrats und der Arbeiter- und Angehörigenorganisationen, ferner aus 20 Sachverständigen.

Hr. Krüger (Soz.): Das Verlangen nach Sozialisierung der Wirtschaft erfüllt die große Masse unseres Volkes in harker Weise. Politische und wirtschaftliche Freiheit müssen in enger Verbindung miteinander stehen.

Ein wärlige Sozialisierung

unserer Wirtschaft ist heute nicht möglich. Das vorliegende Gesetz ist die Einleitung zur Sozialisierung. Die Elektrizitätswirtschaft ist dazu reif. Damit wird eines der wichtigsten Gebiete unserer Volkswirtschaft unter den bestimmenden Einfluß der Volksgemeinschaft gestellt.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Industrie und Handel.

Briefe.

Nach den gestrigen heftigen Rückschlüssen am Markte der Auslandsbörse ist heute wieder eine Besserung eingetreten. Vielfach konnten diese Werte einen Teil der gestrigen Rückgänge wieder ausgleichen. Einmal sollen heute um 70 Proz. an Schantungsbahnen noten zunächst um 25 Proz. gebessert, später jedoch um 15 Proz. wieder schwächer. Petroleumwerte durchwegs gut gehalten. Am Kolonialmarkt Colmanseboh, Kau-Guinea, Southwack, Monan Sopscher und Soman angehend, dagegen Olivat schwächer. Deutscher Anleihen vorwiegend niedriger, namentlich preussische Anleihen. Kriegsanleihe unverändert 7 1/2. Sehr fest wieder Rentenwerte, die Besserungen von 4 bis 6 Proz. verzeichneten. Vorzugsweise waren Bochumer, Gelsenkirchener, Wöhring und Konbacher. Schwach lagen Anilinwerte. Schiffahrtswerte preislos.

Groß-Berlin

Die drohende Gasthausperre.

Die Verhandlungen bisher erfolglos.

Die Verhandlungen, die zwischen den Gastwirten und Hotelbesitzern und den Regierungsbüro in den letzten Tagen geführt wurden, haben bisher noch kein positives Ergebnis gehabt. Eine Kommission soll nach dem Dronauwäcker Ratte aus den

Streifen des Gastwirtsberufes gebildet werden, der der Vorsitzende des Berliner Hotelbesitzer-Vereins und der Vorsitzende des Gastwirtsverbandes für Groß-Berlin und Brandenburg u. a. angehören sollen. Sie sollen bei den Verhandlungen und bei dem Erlass neuer Bestimmungen den ausführenden staatlichen Organen mit beratender Stimme zur Seite stehen.

Heute vormittag wird zum letzten Male versucht werden, die Regierung auf die schweren Folgen einer Betriebseneinklung in den Restaurationen und Speisehäusern hinzuweisen. In den Kreisen der Gastwirte ist man festen Willens, die Schließung der Betriebe am 18. Dezember vorzunehmen und durchzuführen bis mindestens über das Weihnachtsfest hinaus. Man ist sogar geneigt, die Konsequenzen aus diesem Vorhaben voll zu tragen und die Angelegenheiten für die Wohnverhältnisse zu entschuldigen, wenn an dieser Frage das Zusammengehen zwischen Angehörigen und Arbeitgebern ohne Scheitern sollte. Es steht für die Gastwirte bei dem heutigen einmütigen Vorgehen mehr auf dem Spiel als die Erleichterung im Bezug rationierter Lebensmittel, es handelt sich um die Festlegung der rechtlichen Stellung der Gastwirte, deren Unfähigkeit eine förmliche Gefahr für das ganze Gewerbe ist.

Morgen vormittag wird um 11 1/2 Uhr im Bismarckpark wieder eine Versammlung der Gastwirte stattfinden. Dort werden sich die Arbeitgeber versammeln, während sich die Arbeitnehmer morgen vormittag in zwei anderen Lokalen, in den Kommerzien, Kollower Straße, und im Kolosseum in der Kommandantenstraße zur endgültigen Beschlussfassung zusammenfinden werden.

Der Konflikt bei den Spandauer Staatsbetrieben.

Eine Lokalcorrespondenz meldet: Nach der gestrigen Versammlung der Arbeiter des Reichswerkes Spandau haben heute vormittag Verhandlungen zwischen der Leitung des Werkes und den Arbeitervertretern begonnen, die zur Stunde noch andauern. Die mitgeteilt wird, steht die Verteilung der Forderungen der Belegschaft auf Entlastung der Zentralverwaltung und Abschaffung der Arbeitarbeit ablehnend gegenüber. Sie ist auch der Meinung, daß die Mehrheit der Belegschaft sich an einem Proteststreik nicht beteiligen wird. Von radikaler Seite ist heute vormittag versucht worden, auf die Arbeiter der städtischen Werke Spandau einzuwirken, um sie zum Streik zu detonieren. Dieser waren die Bemühungen vergeblich. In den Staatsbetrieben traten die Belegschaften heute morgen vollständig an.

In Spandau ist alles ruhig, es wird auch geordnet. Es soll nach dem Bericht der gestrigen Versammlung ein Demonstrationsschritt von dem Werk nach dem Rathaus detoniert und eine Deputation zum Oberbürgermeister geschickt werden, die die Verteilung des Kommandanten der Sicherheitskräfte, Ochs, verlangen wird. Der Oberbürgermeister kann zu dieser Forderung gar keine Stellung nehmen, weil er nicht zuständig ist.

Belagerungszustand und Wohnungsmangel.

In Pabstheim und teilweise auch in der Kreise ist die Ansicht geäußert worden, daß die dem Wohnungsmangel gegenüber den Hausbesitzern und Mietern zustehenden Befugnisse zur Beschäftigung und Beschleunigung der Wohnungen und dergl. infolge der Aufhebung des Belagerungszustandes ihr Ende gefunden hätten. Diese Ansicht ist irrig. Die Befugnisse des Wohnungsamtes haben mit dem Belagerungszustand nicht das mindeste zu tun. Sie beruhen vielmehr auf der Verordnung des Bundesrats vom 28. September 1918 (der sogenannten Wohnungsmangelverordnung).

Die Befugnisse auf diese gesetzliche Grundlage der Befugnisse des Wohnungsamtes ist auch die hier und da gehörte Ansicht unrichtig, daß die Maßnahmen des Wohnungsamtes gegen Artikel 118 des Reichsverfassungsgesetzes, die die Unverletzlichkeit der Wohnungen und den Inhalt des Eigentums zum Gegenstand haben, verstoßen; denn diese beiden Paragraphen lassen eine Beschränkung sowohl des Wohnrechtes wie des Eigentums durch die Befugnisse ausdrücklich zu.

Landesgenossinnen und Mieter müssen daher dringend gewarnt werden, den Anordnungen des Wohnungsamtes Widerstand entgegenzusetzen, da sie sich sonst strafbar machen.

Die Lichtperre als Verdienstreue.

Die Lichtperre beruht ein Schwindler, um sich auf die bequeme Weise freie Rede zu verschaffen und außerdem noch die Rechte zu wahren. In vielen Gast- und Schankwirtschaften, denen die Lichtperre natürlich nicht sehr bequem ist, fand sich seit einigen Tagen ein Mann ein, der sich den Wirt als Kriminalkommissar Krüger vorstellte. Er erklärte den Wirt, daß er beauftragt sei, die Wirtschaften daraufhin zu prüfen, ob sie die Verordnung über die Lichtperre auch richtig befolgten, und ob auch die Polizeibehörden allen polizeilichen Vorschriften genüge. Der „Herr Kommissar“ untersuchte auch die Einrichtungen, fand immer und überall alles in der besten Ordnung, ließ sich nach seiner Amtshandlung als Gast nieder und unterhielt sich mit dem Wirt über dieses und jenes, besonders auch über die Lichtperre und ihre Folgen für den Betrieb. Die Wirt kostete natürlich über die in ihren Betrieb sehr einschneidende Wohnperre und auch über die Strenge der Handhabung. „Kommissar Krüger“ ließ dann durchblicken, daß bezüglich der Handhabung und der Handhabung der Sperre unter Umständen wohl Ausnahmen und Erleichterungen gemacht werden könnten.

Die Wirt waren, wie man sich vorstellen kann, alle darauf bedacht, von diesen Ausnahmen für sich zu profitieren, bevorzugen den Gast, der ihnen mit so schönen Aussichten kam, auf das freundlichste und Höflichste, weil der Gast auch nach dieser Richtung gewisse Anforderungen machte, auch sonst nebenbei noch gern etwas abholten. Der Gast ließ sich gern gefallen, daß ihm die Sache nicht angeordnet wurde, stellte das Schmiergeld ein, schied dann einen Schein aus, daß dem Wirt die Sperrezeit um launlos viel gekürzt sei, und empfahl sich. Erst wenn die wirkliche Kontrolle kam, erfuhren sie, daß „Kriminalkommissar Krüger“ ein Schwindler war, der den Namen eines bekannten Kommissars mißbraucht hatte.

Gestern endlich ließ ein Wirt den Mann festnehmen, und jetzt empfangte sich der Schwindler als ein 30 Jahre alter Ausländer Paul Holz, der wegen Betrugsverbrechen schon wiederholt verurteilt ist und sich wohnungslos in Berlin aufhält. Der Verhaftete nahm, um sich der Strafe zu entziehen, Veronal und mußte zunächst nach dem Krankenhaus am Leben gebracht werden. Gegenmittel deselbstigen hatte jede Lebensgefahr.

Der Verhaftete hatte einen Grund, mit den Strafbehörden nicht näher bekannt zu werden. Denn es ergab sich bald, daß er auch jener Schwindler ist, der seit mehr als zwei Monaten als „Herr Krüger“ Berliner Geschäftsleute und Wirt heimachte. Unter dem Namen Dr. Gumbel, Dr. Rober und Dr. Bruns führte er bei den Geschäftsleuten erdichtete Ferngespräche, um sie für ein Darlehen sicher zu machen. Er teilte nämlich dem einen oder dem anderen Krankenhauste mit, daß er gerade Gelegenheit habe, zu günstigen Bedingungen Kapital zu leihen und beschloß erst später kommen könne. Die Schmeichelei möge unterdessen selbst alles Erforderliche im Krankenhaus veranlassen. Nach diesem Gespräch erwiderte dann der „Herr Doktor“ plötzlich, daß er für den Morphiumkauf nicht genügend Geld bei sich hatte und bei die Geschäftsleute oder Wirt, um auf kurze Zeit auszuweichen. Weil er zum Unterland außerhalb noch eine goldene Uhr mit Ketten und goldene Brillenringe anhat, so erhielt er überall, was er haben wollte. Die schmeichelei wertvollen Unterpfänder erweisen sich bei genauer Betrachtung als wertlose Reparatoren. Nachdem die Kriminalpolizei die Geschäftsleute vor diesem Art gewarnt hat, verließ der Schwindler dieses Gebiet und legte sich nun darauf, die Lichtperre auszugeben.

Der Elternmörder von Grausce.

Die weitere Vernehmung des dreifachen Mörders Erich Koller, der Vater, Mutter und Schwester erschossen und erdrosselt hat, führte zu der Feststellung, daß Koller eigentlich nur mit seinem Vater verfeindet war, der ihn wegen Arbeitsscheitern aus dem Hause gewiesen hatte. Mutter und Schwester nahmen ihn daerem bei seinen heimlichen Besuchen im Elternhaus immer gut auf und ließen ihm alles zu.

Der Mörder wurde auf folgende Weise zum Geständnis gebracht. Die Kriminalbeamten ließen Koller durch seine Brüder (die außerhalb wohnen) fragen, ob nicht vielleicht der alte Koller im Jähzorn Frau und Tochter selbst erdrosselt hat und dann von dem hinzukommenden Erich, der die Tat verhindern wollte, getötet wurde. Erich Koller, der mit seinen Verhängungen schon sehr im Gedächtnis geflohen war, bestritt sofort diesen Vorwurf und gestand in diesem Sinne. Im weiteren Verhör mußte er dann bald, da er sich auf die Tat schon festgelegt hatte, die volle Wahrheit eingestehen.

Die treibende Kraft der Tat war seine Frau Hilbert in Kollersdorf. Sie hatte ihm bereits ein Ultimatum gestellt, wenn er nicht Geld schaffe, löste sie ihn nicht mehr bei sich aufzunehmen. Deshalb beging Koller den fürchterlichen Mordmord.

Die Ruchloskeitsverbrechen haben sich in der letzten Zeit stark gehöhrt. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte in der Reuen Friedrichstraße ist im ersten Stockwerk des Zimmer 281, wo die Verhandlungen zu Protokoll gegeben werden, täglich von Hunderten umlagert. Heute z. B. wurden 400 Personen dort ausgegeben, die sehr reich verpackt waren, so daß die später Kommenden leer ausgingen und ununterrichteter Geduld umflehren mußten. Wer sich nicht schon vorher zeitig einfand, kann auf eine Wartzeit von mehreren Stunden rechnen, bis er mit seiner glücklich noch erwiderten Nummerkarte aufgerufen wird. Der Korridor vor Zimmer 281 ist den ganzen Vormittag hindurch so vollgepackt von Wartenden, daß kaum durchzukommen ist. Warum wird nicht eine Einrichtung geschaffen, die eine schnellere Abfertigung ermöglicht? Die geschickten Zustände haben die Wirkung, die Ruchloskeitsverbrechen zu erschweren. Damit mag der Strafe gebührt sein, die Bevölkerung aber fordert mit Recht schnellste Abhilfe.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Tablen. Rilmoch bis Freitag: 100 g Eierstöden (104), 150 g Eierstöden (104), 250 g Eiernmehl (11), ein Pöden Eierstöden (12). Rilmoch bis an Anrede auf Freitag: Kartoffeln zusammen 14 Pöden (11 a-g, 22 a-g). Preisliste: Gelbes Korn, Zement, Öl, Brot, Brot, Brot, Brot, Brot. Für Kriegsdienstleistungen von 20 Proz. und darüber 500 g Rilmoch. Bei Rilmoch ein kleiner Rest Rilmoch.

Wankow. Ab Freitag ein Vorken geschlachtet und gepulvert. Rilmoch bis Sonnabend, im Rilmoch bis zu 7 Jahren je 2 Pöden Brot, Preisliste im Lebensmittelverzeichnis, Zimmer 4. Die Ertrag für getrocknete Milch für Kinder von 1 bis 6 Jahren sowie ein Kinder im 7. Lebensjahr je 1 Pöden Rilmoch.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Berlin. Lokale Volksversammlung Freitag 7 Uhr Restaurant „König“, Franz Krüger, Berlin: Reaktion und Einigung der Arbeiterklasse.

Bildungsveranstaltungen.

B. u. A. Abt. Rilmoch in der Hauptverwaltung, Rilmochstr. 141, Rilmochstr. 141, Rilmochstr. 141, Rilmochstr. 141.

Gewerkschaftsbewegung

Ein vorbildlicher Aufbau der Betriebsräte.

Vor einigen Tagen hat in Hamburg eine Versammlung der Betriebsräte die vom Gewerkschaftsbüro Hamburg ausgearbeiteten Richtlinien zum Aufbau einer Betriebsräteorganisation einmütig gutgeheißen.

Es verläßt sich bei dieser Gelegenheit, einen kurzen Rückblick zu werfen auf die Zeit der Revolution in diesem Gebiete in Hamburg gemachten Fortschritte. Am 1. 3. der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat die allgemeinen Wahlen zu dem nach jetzt bestehenden Arbeiterrat ausgeschieden hatte, bildete sich eine Revisionskommission der Betriebsräte, die aus je drei Mitgliedern der drei Parteien bestehend, sich besonders den Fragen des Betriebsrätegesetzes widmen sollte. Die beiden Körperschaften konnten in der ersten Zeit sehr gut nebeneinander bestehen. Dies änderte sich jedoch, als infolge der immer weiter auf den Parteien verdrängenden radikalen Agitationen die Revisionskommission durchaus in unabhängig-kommunistisches Fahrwasser geriet.

Die Kommission erweiterte sich bald danach zu einer 12er-Kommission der Betriebsräte Hamburg, in der nunmehr der Einfluß der Sozialdemokratie fast völlig ausgeschaltet war. Als im Juni die Verhandlungen über die politischen Verhältnisse in der Reichsregierung anknüpfte, änderte sich das Verhältnis insofern, als die 12er-Kommission sich politische Rechte anmaßte, und mit dem Vorhaben, die Einigung der Hamburgischen Proletariat zu betreiben, eine durchaus politische und gegen die Reichsregierung gerichtete Politik trieb. Nach Wiedererlangung geordneter Zustände war es dieser 12er-Kommission nicht möglich, sich selbst die Sympathien der unabhängigen Arbeiterklasse zu erhalten, zumal es ihr nicht gelang, irgendwelche für die Arbeiterklasse günstige Entscheidungen auf dem Gebiete der Tarifregelung und der Betriebsräte zu bewirken. Zudem waren die Ansichten in den Reihen der Unabhängigen und Kommunisten in Bezug auf den endgültigen Aufbau der Betriebsräte keineswegs übereinstimmend. Während die Unabhängigen den Aufbau nach holländischem Muster propagierten, machten die Kommunisten zum Teil für die „revolutionäre Betriebsräteorganisation“ im sozialistischen Sinne Stimmung. Endereits machten sich unter den sozialdemokratischen Werksarbeitern und ihren Betriebsräten eine immer stärker werdende Bewegung bemerkbar, die dahin ging, zu einer endgültigen Entscheidung bezüglich eines regulären Aufbaues der Betriebsräte zu kommen.

Anfangs Oktober beschloß eine stürmische Versammlung der Betriebsräte, die Revisionskommission aufzulösen, die Organisation der Betriebsräte bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes hierüber dem Gewerkschaftsbüro zu übertragen und diesem sämtliches Material der Kommission zu übergeben. Seitens des Kartells wurde nun unter tatkräftiger Unterstützung nicht nur der sozialdemokratischen Betriebsräte, sondern auch der gesamten gewerkschaftlich-organisierten Arbeiterklasse daran gegangen, die Betriebsräte in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf eine neue Grundlage zu stellen. Aus den Richtlinien ist folgendes bemerkenswert:

Die Durchführung der Wahlen obliegt dem unabhängigen Gewerkschaften; die Betriebsräte bilden gruppenweise je einen Gruppenrat, der die Aufgabe haben soll, in sozialer, kaufmännischer und technischer Beziehung aufzuklären und die Industrie des Wirtschaftsbezirks Hamburg durch Festlegung über Art und Umfang des Betriebes und der in demselben hergestellten Produkte zu erfassen. Die gesamten Betriebs-

Die Wähler des Wirtschaftsrats aus 18 Personen nach folgender Zusammensetzung: 3 Vertreter für Transport und Verkehr, 3 Vertreter für Handel, Banken, Versicherungen und Kassen, 2 Vertreter für die Metallindustrie, 2 Vertreter für das Baugewerbe, 2 Vertreter für Staats- und Kommunalbeamte, Angestellte, Arbeiter, zwei Vertreter für Nahrungs- und Genussmittel, je ein Vertreter für Holzindustrie, Bekleidungsindustrie, großhändl. Gewerbe, chemische Industrie, freie Berufe. Die Wirtschaftsratsmitglieder müssen mindestens ein Jahr freigeberwerblich organisiert sein. Die Finanzierung des Rates wird von den Vertretern der Gewerkschaften getragen, die auch die Kosten verwalten. Gewerkschaftsrat und Wirtschaftsrat verständigen sich gegenseitig durch Delegationen. — Nur einige sehr radikale Metallarbeiter-Vetriebsräte verhielten sich gegen diese Regelung ablehnend. Im allgemeinen kann man die Hoffnung aussprechen, daß für Hamburg die Betriebsrätefrage endgültig gelöst ist. Die im Verhältnis zu der U.S.P. recht starken und besonders aktiven Gruppen der ganz Radikalen haben das eine Gute, daß die Unabhängigen gezwungen sind, Farbe zu bekennen. Das aber werden sie selbst nach den Leipziger Beschlüssen nur tun können, indem sie an den Gewerkschaften festhalten.

Gehaltsforderung der Metallindustrie-Angestellten.

Die durch den im September abgeschlossenen Laizit der Angestellten in der Metallindustrie festgesetzten Gehälter entsprechen den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Das ist die auch von maßgebenden Unternehmern geteilte Auffassung der Angestellten. Ueber das Maß der notwendigen Aufbesserung scheinen aber die Meinungen beider Parteien wesentlich auseinanderzugehen.

Am Montag abend nahm eine sehr stark besuchte Versammlung der freigeberwerblichen Funktionäre der Angestellten der Metallindustrie Stellung zu dieser Angelegenheit.

Herr Schmidt vom Zentralverband der Angestellten führte aus, er habe eine Mitsprache mit einem Führer des Verbandes der Berliner Metallindustriellen gehabt und die Aussicht erhalten, die Arbeitgeber seien sich im internen Kreise darüber klar geworden, daß sich die Gehaltsfuge des Tarifs nicht aufrechterhalten lassen. Ueber das Maß der Gehaltssteigerung, welches die Unternehmer bewilligen würden, sei keine Auskunft erteilt worden. Als Schmidt bemerkte, die Angestellten rechnen auf eine Erhöhung ihrer jetzigen Gehälter um 40 Prozent, habe der Arbeitgeber geantwortet, seine Kollegen würden, wenn sie diese Forderung hören, auf den Rücken fallen. Die Arbeitgeber wollten sich auf dieser Angelegenheit Stellung nehmen und der Vertretung der Angestellten spätestens am Mittwoch Bescheid zukommen lassen.

Weiter führte Schmidt aus, von der Antwort der Unternehmer werde es abhängen, wie sich die Situation gestalten werde. Mit einer unzureichenden Aufbesserung würden sich die Angestellten nicht abfinden lassen. Sie hätten kein Interesse an dem Kampf an sich, sie würden aber, wenn es notwendig sei, den Kampf nicht scheuen. Wenn eine Verständigung mit den Unternehmern vor dem Jahr nicht zustande komme, dann werde der Tarif vom 1. April gekündigt.

Eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie beantragt die freien Angestelltenverbände, mit dem Verband Berliner Metallindustriellen unverzüglich in Verhandlungen zu treten, um einen Ausgleich zwischen den Tarifgehältern und den wirtschaftlichen Verhältnissen herbeizuführen. Die Vertreter der Verbände werden bevollmächtigt, den Tarif zum 31. März 1920 zu kündigen.

Zum Konflikt in der Reichsdruckerei.

Von der Direktion der Reichsdruckerei wird uns hierzu folgendes geschrieben:

Die am 15. d. M. auch an den Arbeiterrat der Reichsdruckerei erfolgte Bekanntgabe des schon vor geraumer Zeit erschienenen Erlasses des Finanzministeriums, wonach Reichsmittel für Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr zur Verfügung stehen, wird von uns entschieden an Unfrieden interessierter Seite so ausgelegt, als ob die von der Arbeiterschaft geschaffenen Vertretungen kurzerhand beseitigt werden sollten. Dementsprechend sollte der Betriebsrat den vorläufigen Entschluß, die sofortige Zurückziehung des Erlasses zu erwirken oder am darauffolgenden Tage in passiver Resistenz einzutreten.

Durch die Bereitwilligkeit des Reichspostministers Sieberts, dem die Reichsdruckerei untersteht, sofort über den gekündigten Wunsch zu verhandeln, wurde die Arbeiterschaft beruhigt und verrieth sich nicht ihrer Tätigkeit. In Wirklichkeit dachte weder das Reichspostministerium noch die Direktion der Reichsdruckerei daran, die Rechte der Arbeiterräte irgendwie zu schmälern oder gar beseitigen zu lassen. Was die Verwaltungsbehörden wollen, ist lediglich eine Verminderung der durch den Arbeiterrat entstehenden sehr erheblichen Ausgaben.

Diese betragen an Lohnaufwendungen für Arbeiterrat, Vertrauensleute und den erst seit Ende August bestehenden Betriebsrat für die Zeit vom 1. April bis 31. September 1919 rund 30 000 Mark, während das gesamte Direktorium einschließlich aller Teuerungszulagen in der gleichen Zeit hier 20 000 Mark beanspruchte.

Hierin eine Minderung vorzunehmen, verlangt der Eitel des Betriebsrates und verlangt das Interesse der Arbeiter, denen man letzten Endes die Schuld an solch ungesunden Verhältnissen in die Schuhe schiebt. Es steht zu erwarten, daß bei den stattfindenden Verhandlungen diesen Tatsachen entsprechend Rechnung getragen und allseitiges Einverständnis erzielt wird.

Streik der Filialleiterinnen der Firma Meyer u. Co., A.-G.

Nachdem die Verhandlungen über ein Tarifabkommen für die Filialleiterinnen der sechs Tochtergesellschaften der Firma Meyer u. Co. zu keinem betriebsübigen Resultat geführt, haben diese in einer Versammlung in den „Erdbeerhöfen“ den Streik beschlossen. Es kommen die Filialen der Firmen Wein- und Spirituosen-Gesellschaft, Erdbeer-Wein- und Lilien-Gesellschaft, Berliner Wein-Gesellschaft, Rixdorfer Genussmittel-Gesellschaft, Westliche Wein- und Lilien-Gesellschaft, Ostliche Wein- und Lilien-Gesellschaft in Frage. Der Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 17 II, erjucht alle Hand- und Kopfarbeiter, Solidarität zu üben.

Ein Nachspiel zum Januar-Elektrizitätsstreik.

Am 22. Januar d. J., dem Tag des Elektrizitätsstreiks, waren die bei der Buchbinderei-Firma Witten u. Co. beschäftigten Arbeiter zu Arbeit erschienen, ihnen wurde jedoch, da es an Sitom für den Betrieb der Maschinen mangelte, von der Firma erklärt, daß sie nicht beschäftigt werden können. Die Arbeiter verklagten die Firma auf Erstattung des Lohnes in Höhe von insgesamt 219 21 Mark beim Gewerbegericht. Letzteres verurteilte die Firma zur Zahlung.

Auf die Klage gegen von der Firma beim Landgericht eingeleitete Verurteilung wurde die Klage einstimmig abgewiesen. Das Urteil besagt, daß den Ausführungen der Beklagten, sie sei im vorliegenden Falle infolge Unmöglichkeit der Leistung nicht in Bezug gekommen, nicht beigegeben werden können. Die Kläger hätten ihre Leistung ordnungsmäßig angeboten. Auf Grund des § 815 U.S.G. seien sie daher berechtigt, für die infolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung zu verlangen, ohne zur Rückleistung verpflichtet zu sein.

Es wäre unzulässig, die Gefahr der Möglichkeit der Mitwirkung der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer aufzubürden, dies entspräche nicht dem im U.S.G. durchgeführten Schutz des Arbeitnehmers als dem wirtschaftlich Schwächeren.

Verbindlichkeit des Tarifvertrages im Dachdeckergerwerbe.

Der zwischen dem Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, dem Innungsverband Rind Deutscher Dachdeckerinnungen, dem Zentralverband der Dachdecker Deutschlands und dem Zentralverband deutscher Bauarbeiter Deutschlands am 20. Juli abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Dachdeckergerwerbe ist für das Dachdeckergerwerbe ausschließlich der Dachdeckerbetriebe der Pappindustrie, für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Oktober 1919. Die Ausdehnung der Verbindlichkeit auf die Dachdeckerbetriebe der Pappindustrie bleibt vorbehalten.

Aus aller Welt.

Bergarbeiter. In der Kohlengrube Reichenberg in Oberbayern wurden durch eine Kohlenstaubexplosion drei Bergleute getötet, fünfzehn schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt.

Ein Massenmörder verhaftet. Auf dem Bahnhof von West-Litauen verhafteten die Polen den früheren Vorsteher des Wilborger Volkskomitees Palubow, der feinerzeit achtzehn Offiziere ertränken ließ. Man fand bei ihm 1 1/2 Millionen Rubel nebst Dokumenten, die angeblich darlegten, daß Palubow von den Bolschewisten zu Propagandazwecken nach Polen geschickt sei.

Fubenstreik gegen römische Mädchen. Ein Gegenstück zu dem Popschneiderei, der einst die Berliner Mädchenwelt unruhigte, legt heute die weibliche Bevölkerung Rom in Schwere. In wenigen Tagen sind wiederholt jungen Mädchen auf der Straße die Haare in Brand gesteckt worden, ohne daß man des Uebelstücker bis jetzt hätte habhaft werden können. Diese Uebelstände gefährden nicht nur den Haarschmuck der Opfer, sondern auch ihr Leben. In zwei Fällen stand das ganze Kopfhaar im Flammen, so daß nur durch die Geistesgegenwart von Passanten ein größeres Unheil verhindert wurde. Die Uebelstücker gehen gleichsam „wissenschaftlich“ zu Werke. Sie haben eine Art Einblasen, an dem sie eine erdähnliche Substanz, wie es scheint, ein Gemisch von Pech und Phosphor, anbringen. Der Anpösel wird in den Kopf oder Haarknoten eingeklebt, was im Straßentreiben leicht möglich ist.

Luftkassensieger totgeschützt. „Dorsch“ meißel aus Karlsruhe, der auf einem Fluge nach Australien begriffen war, in der Nähe der Insel tödlich verunglückt ist.

Verantw. für den reaktionären Teil: Felix Müller, Charlottenburg; für Anzeigen: E. Glöck, Berlin; Verlag: Friedrich-Wilhelm S. m. b. H., Berlin; Druck: Friedrich-Wilhelm S. m. b. H., Berlin; Druck: Friedrich-Wilhelm S. m. b. H., Berlin; Druck: Friedrich-Wilhelm S. m. b. H., Berlin.

Praktische Weihnachtsgeschenke
— sind unsere Bureau-Artikel, wie:
Scheibenzettel, Schreibunterlagen, Tischkalender.
Geschäftsbücher
Gebr. Scherk, Köpenicker
Amt Moritzplatz 2481, 2482, 2483.

Ein Freudstag der Waschtage
mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebermann-Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeit leistet, Arbeit ist leicht, Saft und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung. Große Schonung der Wäsche. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe. Näh. d. Preisl. V. m. Abbild. gratis. Zinkwaschgeräte zu Fabrikpreisen.
„Liebermann“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale.
Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernpark 27a.

SPIRITUS-SPARLICHT
MARLA GAZ 3 Liter Brennt
B 1 10 32 64 STUNDEN
1 80 80 35 15 KERZEN
124 25 101 85 63 36 67 35 1 MARK
Nachnahme an Beschreibung Kostlos
Gebr. Lauthbach, Berlin 50 163 Oranienstr. 163.

Kaufe in Berlin
Mittwoch, den 17. und Donnerstag, d. 18. Dez.
alle künstliche, auch zerbrochene
Gebisse
Zahn bis 5. 8 25 M.
Platin p. Gramm 100 M.
Brennstifte St. bis 50 M.
Gebisse in Gold u. Platin zu höchsten Tagespreisen.
Einkauf findet statt
in Berlin **Hotel Magdeburger Hof,**
Georgenstr. 24 I, Zimmer 16, gegenüber Hauptausgang
Bahnhof Friedrichstraße, von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Günstiges Weihnachts-Angebot!
Sorglos
Toilette-Seife (ca. 60
Liebermann) in Packung 1/2 Dtl. 31, —, 1/2 Dtl. 33, —, 1/2 Dtl. 35, —, 1/2 Dtl. 37, —, 1/2 Dtl. 39, —, 1/2 Dtl. 41, —, 1/2 Dtl. 43, —, 1/2 Dtl. 45, —, 1/2 Dtl. 47, —, 1/2 Dtl. 49, —, 1/2 Dtl. 51, —, 1/2 Dtl. 53, —, 1/2 Dtl. 55, —, 1/2 Dtl. 57, —, 1/2 Dtl. 59, —, 1/2 Dtl. 61, —, 1/2 Dtl. 63, —, 1/2 Dtl. 65, —, 1/2 Dtl. 67, —, 1/2 Dtl. 69, —, 1/2 Dtl. 71, —, 1/2 Dtl. 73, —, 1/2 Dtl. 75, —, 1/2 Dtl. 77, —, 1/2 Dtl. 79, —, 1/2 Dtl. 81, —, 1/2 Dtl. 83, —, 1/2 Dtl. 85, —, 1/2 Dtl. 87, —, 1/2 Dtl. 89, —, 1/2 Dtl. 91, —, 1/2 Dtl. 93, —, 1/2 Dtl. 95, —, 1/2 Dtl. 97, —, 1/2 Dtl. 99, —, 1/2 Dtl. 101, —, 1/2 Dtl. 103, —, 1/2 Dtl. 105, —, 1/2 Dtl. 107, —, 1/2 Dtl. 109, —, 1/2 Dtl. 111, —, 1/2 Dtl. 113, —, 1/2 Dtl. 115, —, 1/2 Dtl. 117, —, 1/2 Dtl. 119, —, 1/2 Dtl. 121, —, 1/2 Dtl. 123, —, 1/2 Dtl. 125, —, 1/2 Dtl. 127, —, 1/2 Dtl. 129, —, 1/2 Dtl. 131, —, 1/2 Dtl. 133, —, 1/2 Dtl. 135, —, 1/2 Dtl. 137, —, 1/2 Dtl. 139, —, 1/2 Dtl. 141, —, 1/2 Dtl. 143, —, 1/2 Dtl. 145, —, 1/2 Dtl. 147, —, 1/2 Dtl. 149, —, 1/2 Dtl. 151, —, 1/2 Dtl. 153, —, 1/2 Dtl. 155, —, 1/2 Dtl. 157, —, 1/2 Dtl. 159, —, 1/2 Dtl. 161, —, 1/2 Dtl. 163, —, 1/2 Dtl. 165, —, 1/2 Dtl. 167, —, 1/2 Dtl. 169, —, 1/2 Dtl. 171, —, 1/2 Dtl. 173, —, 1/2 Dtl. 175, —, 1/2 Dtl. 177, —, 1/2 Dtl. 179, —, 1/2 Dtl. 181, —, 1/2 Dtl. 183, —, 1/2 Dtl. 185, —, 1/2 Dtl. 187, —, 1/2 Dtl. 189, —, 1/2 Dtl. 191, —, 1/2 Dtl. 193, —, 1/2 Dtl. 195, —, 1/2 Dtl. 197, —, 1/2 Dtl. 199, —, 1/2 Dtl. 201, —, 1/2 Dtl. 203, —, 1/2 Dtl. 205, —, 1/2 Dtl. 207, —, 1/2 Dtl. 209, —, 1/2 Dtl. 211, —, 1/2 Dtl. 213, —, 1/2 Dtl. 215, —, 1/2 Dtl. 217, —, 1/2 Dtl. 219, —, 1/2 Dtl. 221, —, 1/2 Dtl. 223, —, 1/2 Dtl. 225, —, 1/2 Dtl. 227, —, 1/2 Dtl. 229, —, 1/2 Dtl. 231, —, 1/2 Dtl. 233, —, 1/2 Dtl. 235, —, 1/2 Dtl. 237, —, 1/2 Dtl. 239, —, 1/2 Dtl. 241, —, 1/2 Dtl. 243, —, 1/2 Dtl. 245, —, 1/2 Dtl. 247, —, 1/2 Dtl. 249, —, 1/2 Dtl. 251, —, 1/2 Dtl. 253, —, 1/2 Dtl. 255, —, 1/2 Dtl. 257, —, 1/2 Dtl. 259, —, 1/2 Dtl. 261, —, 1/2 Dtl. 263, —, 1/2 Dtl. 265, —, 1/2 Dtl. 267, —, 1/2 Dtl. 269, —, 1/2 Dtl. 271, —, 1/2 Dtl. 273, —, 1/2 Dtl. 275, —, 1/2 Dtl. 277, —, 1/2 Dtl. 279, —, 1/2 Dtl. 281, —, 1/2 Dtl. 283, —, 1/2 Dtl. 285, —, 1/2 Dtl. 287, —, 1/2 Dtl. 289, —, 1/2 Dtl. 291, —, 1/2 Dtl. 293, —, 1/2 Dtl. 295, —, 1/2 Dtl. 297, —, 1/2 Dtl. 299, —, 1/2 Dtl. 301, —, 1/2 Dtl. 303, —, 1/2 Dtl. 305, —, 1/2 Dtl. 307, —, 1/2 Dtl. 309, —, 1/2 Dtl. 311, —, 1/2 Dtl. 313, —, 1/2 Dtl. 315, —, 1/2 Dtl. 317, —, 1/2 Dtl. 319, —, 1/2 Dtl. 321, —, 1/2 Dtl. 323, —, 1/2 Dtl. 325, —, 1/2 Dtl. 327, —, 1/2 Dtl. 329, —, 1/2 Dtl. 331, —, 1/2 Dtl. 333, —, 1/2 Dtl. 335, —, 1/2 Dtl. 337, —, 1/2 Dtl. 339, —, 1/2 Dtl. 341, —, 1/2 Dtl. 343, —, 1/2 Dtl. 345, —, 1/2 Dtl. 347, —, 1/2 Dtl. 349, —, 1/2 Dtl. 351, —, 1/2 Dtl. 353, —, 1/2 Dtl. 355, —, 1/2 Dtl. 357, —, 1/2 Dtl. 359, —, 1/2 Dtl. 361, —, 1/2 Dtl. 363, —, 1/2 Dtl. 365, —, 1/2 Dtl. 367, —, 1/2 Dtl. 369, —, 1/2 Dtl. 371, —, 1/2 Dtl. 373, —, 1/2 Dtl. 375, —, 1/2 Dtl. 377, —, 1/2 Dtl. 379, —, 1/2 Dtl. 381, —, 1/2 Dtl. 383, —, 1/2 Dtl. 385, —, 1/2 Dtl. 387, —, 1/2 Dtl. 389, —, 1/2 Dtl. 391, —, 1/2 Dtl. 393, —, 1/2 Dtl. 395, —, 1/2 Dtl. 397, —, 1/2 Dtl. 399, —, 1/2 Dtl. 401, —, 1/2 Dtl. 403, —, 1/2 Dtl. 405, —, 1/2 Dtl. 407, —, 1/2 Dtl. 409, —, 1/2 Dtl. 411, —, 1/2 Dtl. 413, —, 1/2 Dtl. 415, —, 1/2 Dtl. 417, —, 1/2 Dtl. 419, —, 1/2 Dtl. 421, —, 1/2 Dtl. 423, —, 1/2 Dtl. 425, —, 1/2 Dtl. 427, —, 1/2 Dtl. 429, —, 1/2 Dtl. 431, —, 1/2 Dtl. 433, —, 1/2 Dtl. 435, —, 1/2 Dtl. 437, —, 1/2 Dtl. 439, —, 1/2 Dtl. 441, —, 1/2 Dtl. 443, —, 1/2 Dtl. 445, —, 1/2 Dtl. 447, —, 1/2 Dtl. 449, —, 1/2 Dtl. 451, —, 1/2 Dtl. 453, —, 1/2 Dtl. 455, —, 1/2 Dtl. 457, —, 1/2 Dtl. 459, —, 1/2 Dtl. 461, —, 1/2 Dtl. 463, —, 1/2 Dtl. 465, —, 1/2 Dtl. 467, —, 1/2 Dtl. 469, —, 1/2 Dtl. 471, —, 1/2 Dtl. 473, —, 1/2 Dtl. 475, —, 1/2 Dtl. 477, —, 1/2 Dtl. 479, —, 1/2 Dtl. 481, —, 1/2 Dtl. 483, —, 1/2 Dtl. 485, —, 1/2 Dtl. 487, —, 1/2 Dtl. 489, —, 1/2 Dtl. 491, —, 1/2 Dtl. 493, —, 1/2 Dtl. 495, —, 1/2 Dtl. 497, —, 1/2 Dtl. 499, —, 1/2 Dtl. 501, —, 1/2 Dtl. 503, —, 1/2 Dtl. 505, —, 1/2 Dtl. 507, —, 1/2 Dtl. 509, —, 1/2 Dtl. 511, —, 1/2 Dtl. 513, —, 1/2 Dtl. 515, —, 1/2 Dtl. 517, —, 1/2 Dtl. 519, —, 1/2 Dtl. 521, —, 1/2 Dtl. 523, —, 1/2 Dtl. 525, —, 1/2 Dtl. 527, —, 1/2 Dtl. 529, —, 1/2 Dtl. 531, —, 1/2 Dtl. 533, —, 1/2 Dtl. 535, —, 1/2 Dtl. 537, —, 1/2 Dtl. 539, —, 1/2 Dtl. 541, —, 1/2 Dtl. 543, —, 1/2 Dtl. 545, —, 1/2 Dtl. 547, —, 1/2 Dtl. 549, —, 1/2 Dtl. 551, —, 1/2 Dtl. 553, —, 1/2 Dtl. 555, —, 1/2 Dtl. 557, —, 1/2 Dtl. 559, —, 1/2 Dtl. 561, —, 1/2 Dtl. 563, —, 1/2 Dtl. 565, —, 1/2 Dtl. 567, —, 1/2 Dtl. 569, —, 1/2 Dtl. 571, —, 1/2 Dtl. 573, —, 1/2 Dtl. 575, —, 1/2 Dtl. 577, —, 1/2 Dtl. 579, —, 1/2 Dtl. 581, —, 1/2 Dtl. 583, —, 1/2 Dtl. 585, —, 1/2 Dtl. 587, —, 1/2 Dtl. 589, —, 1/2 Dtl. 591, —, 1/2 Dtl. 593, —, 1/2 Dtl. 595, —, 1/2 Dtl. 597, —, 1/2 Dtl. 599, —, 1/2 Dtl. 601, —, 1/2 Dtl. 603, —, 1/2 Dtl. 605, —, 1/2 Dtl. 607, —, 1/2 Dtl. 609, —, 1/2 Dtl. 611, —, 1/2 Dtl. 613, —, 1/2 Dtl. 615, —, 1/2 Dtl. 617, —, 1/2 Dtl. 619, —, 1/2 Dtl. 621, —, 1/2 Dtl. 623, —, 1/2 Dtl. 625, —, 1/2 Dtl. 627, —, 1/2 Dtl. 629, —, 1/2 Dtl. 631, —, 1/2 Dtl. 633, —, 1/2 Dtl. 635, —, 1/2 Dtl. 637, —, 1/2 Dtl. 639, —, 1/2 Dtl. 641, —, 1/2 Dtl. 643, —, 1/2 Dtl. 645, —, 1/2 Dtl. 647, —, 1/2 Dtl. 649, —, 1/2 Dtl. 651, —, 1/2 Dtl. 653, —, 1/2 Dtl. 655, —, 1/2 Dtl. 657, —, 1/2 Dtl. 659, —, 1/2 Dtl. 661, —, 1/2 Dtl. 663, —, 1/2 Dtl. 665, —, 1/2 Dtl. 667, —, 1/2 Dtl. 669, —, 1/2 Dtl. 671, —, 1/2 Dtl. 673, —, 1/2 Dtl. 675, —, 1/2 Dtl. 677, —, 1/2 Dtl. 679, —, 1/2 Dtl. 681, —, 1/2 Dtl. 683, —, 1/2 Dtl. 685, —, 1/2 Dtl. 687, —, 1/2 Dtl. 689, —, 1/2 Dtl. 691, —, 1/2 Dtl. 693, —, 1/2 Dtl. 695, —, 1/2 Dtl. 697, —, 1/2 Dtl. 699, —, 1/2 Dtl. 701, —, 1/2 Dtl. 703, —, 1/2 Dtl. 705, —, 1/2 Dtl. 707, —, 1/2 Dtl. 709, —, 1/2 Dtl. 711, —, 1/2 Dtl. 713, —, 1/2 Dtl. 715, —, 1/2 Dtl. 717, —, 1/2 Dtl. 719, —, 1/2 Dtl. 721, —, 1/2 Dtl. 723, —, 1/2 Dtl. 725, —, 1/2 Dtl. 727, —, 1/2 Dtl. 729, —, 1/2 Dtl. 731, —, 1/2 Dtl. 733, —, 1/2 Dtl. 735, —, 1/2 Dtl. 737, —, 1/2 Dtl. 739, —, 1/2 Dtl. 741, —, 1/2 Dtl. 743, —, 1/2 Dtl. 745, —, 1/2 Dtl. 747, —, 1/2 Dtl. 749, —, 1/2 Dtl. 751, —, 1/2 Dtl. 753, —, 1/2 Dtl. 755, —, 1/2 Dtl. 757, —, 1/2 Dtl. 759, —, 1/2 Dtl. 761, —, 1/2 Dtl. 763, —, 1/2 Dtl. 765, —, 1/2 Dtl. 767, —, 1/2 Dtl. 769, —, 1/2 Dtl. 771, —, 1/2 Dtl. 773, —, 1/2 Dtl. 775, —, 1/2 Dtl. 777, —, 1/2 Dtl. 779, —, 1/2 Dtl. 781, —, 1/2 Dtl. 783, —, 1/2 Dtl. 785, —, 1/2 Dtl. 787, —, 1/2 Dtl. 789, —, 1/2 Dtl. 791, —, 1/2 Dtl. 793, —, 1/2 Dtl. 795, —, 1/2 Dtl. 797, —, 1/2 Dtl. 799, —, 1/2 Dtl. 801, —, 1/2 Dtl. 803, —, 1/2 Dtl. 805, —, 1/2 Dtl. 807, —, 1/2 Dtl. 809, —, 1/2 Dtl. 811, —, 1/2 Dtl. 813, —, 1/2 Dtl. 815, —, 1/2 Dtl. 817, —, 1/2 Dtl. 819, —, 1/2 Dtl. 821, —, 1/2 Dtl. 823, —, 1/2 Dtl. 825, —, 1/2 Dtl. 827, —, 1/2 Dtl. 829, —, 1/2 Dtl. 831, —, 1/2 Dtl. 833, —, 1/2 Dtl. 835, —, 1/2 Dtl. 837, —, 1/2 Dtl. 839, —, 1/2 Dtl. 841, —, 1/2 Dtl. 843, —, 1/2 Dtl. 845, —, 1/2 Dtl. 847, —, 1/2 Dtl. 849, —, 1/2 Dtl. 851, —, 1/2 Dtl. 853, —, 1/2 Dtl. 855, —, 1/2 Dtl. 857, —, 1/2 Dtl. 859, —, 1/2 Dtl. 861, —, 1/2 Dtl. 863, —, 1/2 Dtl. 865, —, 1/2 Dtl. 867, —, 1/2 Dtl. 869, —, 1/2 Dtl. 871, —, 1/2 Dtl. 873, —, 1/2 Dtl. 875, —, 1/2 Dtl. 877, —, 1/2 Dtl. 879, —, 1/2 Dtl. 881, —, 1/2 Dtl. 883, —, 1/2 Dtl. 885, —, 1/2 Dtl. 887, —, 1/2 Dtl. 889, —, 1/2 Dtl. 891, —, 1/2 Dtl. 893, —, 1/2 Dtl. 895, —, 1/2 Dtl. 897, —, 1/2 Dtl. 899, —, 1/2 Dtl. 901, —, 1/2 Dtl. 903, —, 1/2 Dtl. 905, —, 1/2 Dtl. 907, —, 1/2 Dtl. 909, —, 1/2 Dtl. 911, —, 1/2 Dtl. 913, —, 1/2 Dtl. 915, —, 1/2 Dtl. 917, —, 1/2 Dtl. 919, —, 1/2 Dtl. 921, —, 1/2 Dtl. 923, —, 1/2 Dtl. 925, —, 1/2 Dtl. 927, —, 1/2 Dtl. 929, —, 1/2 Dtl. 931, —, 1/2 Dtl. 933, —, 1/2 Dtl. 935, —, 1/2 Dtl. 937, —, 1/2 Dtl. 939, —, 1/2 Dtl. 941, —, 1/2 Dtl. 943, —, 1/2 Dtl. 945, —, 1/2 Dtl. 947, —, 1/2 Dtl. 949, —, 1/2 Dtl. 951, —, 1/2 Dtl. 953, —, 1/2 Dtl. 955, —, 1/2 Dtl. 957, —, 1/2 Dtl. 959, —, 1/2 Dtl. 961, —, 1/2 Dtl. 963, —, 1/2 Dtl. 965, —, 1/2 Dtl. 967, —, 1/2 Dtl. 969, —, 1/2 Dtl. 971, —, 1/2 Dtl. 973, —, 1/2 Dtl. 975, —, 1/2 Dtl. 977, —, 1/2 Dtl. 979, —, 1/2 Dtl. 981, —, 1/2 Dtl. 983, —, 1/2 Dtl. 985, —, 1/2 Dtl. 987, —, 1/2 Dtl. 989, —, 1/2 Dtl. 991, —, 1/2 Dtl. 993, —, 1/2 Dtl. 995, —, 1/2 Dtl. 997, —, 1/2 Dtl. 999, —, 1/2 Dtl. 1001, —, 1/2 Dtl. 1003, —, 1/2 Dtl. 1005, —, 1/2 Dtl. 1007, —, 1/2 Dtl. 1009, —, 1/2 Dtl. 1011, —, 1/2 Dtl. 1013, —, 1/2 Dtl. 1015, —, 1/2 Dtl. 1017, —, 1/2 Dtl. 1019, —, 1/2 Dtl. 1021, —, 1/2 Dtl. 1023, —, 1/2 Dtl. 1025, —, 1/2 Dtl. 1027, —, 1/2 Dtl. 1029, —, 1/2 Dtl. 1031, —, 1/2 Dtl. 1033, —, 1/2 Dtl. 1035, —, 1/2 Dtl. 1037, —, 1/2 Dtl. 1039, —, 1/2 Dtl. 1041, —, 1/2 Dtl. 1043, —, 1/2 Dtl. 1045, —, 1/2 Dtl. 1047, —, 1/2 Dtl. 1049, —, 1/2 Dtl. 1051, —, 1/2 Dtl. 1053, —, 1/2 Dtl. 1055, —, 1/2 Dtl. 1057, —, 1/2 Dtl. 1059, —, 1/2 Dtl. 1061, —, 1/2 Dtl. 1063, —, 1/2 Dtl. 1065, —, 1/2 Dtl. 1067, —, 1/2 Dtl. 1069, —, 1/2 Dtl. 1071, —, 1/2 Dtl. 1073, —, 1/2 Dtl. 1075, —, 1/2 Dtl. 1077, —, 1/2 Dtl. 1079, —, 1/2 Dtl. 1081, —, 1/2 Dtl. 1083, —, 1/2 Dtl. 1085, —, 1/2 Dtl. 1087, —, 1/2 Dtl. 1089, —, 1/2 Dtl. 1091, —, 1/2 Dtl. 1093, —, 1/2 Dtl. 1095, —, 1/2 Dtl. 1097, —, 1/2 Dtl. 1099, —, 1/2 Dtl. 1101, —, 1/2 Dtl. 1103, —, 1/2 Dtl. 1105, —, 1/2 Dtl. 1107, —, 1/2 Dtl. 1109, —, 1/2 Dtl. 1111, —, 1/2 Dtl. 1113, —, 1/2 Dtl. 1115, —, 1/2 Dtl. 1117, —, 1/2 Dtl. 1119, —, 1/2 Dtl. 1121, —, 1/2 Dtl. 1123, —, 1/2 Dtl. 1125, —, 1/2 Dtl. 1127, —, 1/2 Dtl. 1129, —, 1/2 Dtl. 1131, —, 1/2 Dtl. 1133, —, 1/2 Dtl. 1135, —, 1/2 Dtl. 1137, —, 1/2 Dtl. 1139, —, 1/2 Dtl. 1141, —, 1/2 Dtl. 1143, —, 1/2 Dtl. 1145, —, 1/2 Dtl. 1147, —, 1/2 Dtl. 1149, —, 1/2 Dtl. 1151, —, 1/2 Dtl. 1153, —, 1/2 Dtl. 1155, —, 1/2 Dtl. 1157, —, 1/2 Dtl. 1159, —, 1/2 Dtl. 1161, —, 1/2 Dtl. 1163, —, 1/2 Dtl. 1165, —, 1/2 Dtl. 1167, —, 1/2 Dtl. 1169, —, 1/2 Dtl. 1171, —, 1/2 Dtl. 1173, —, 1/2 Dtl. 1175, —, 1/2 Dtl. 1177, —, 1/2 Dtl. 1179, —, 1/2 Dtl. 1181, —, 1/2 Dtl. 1183, —, 1/2 Dtl. 1185, —, 1/2 Dtl. 1187, —, 1/2 Dtl. 1189, —, 1/2 Dtl. 1191, —, 1/2 Dtl. 1193, —, 1/2 Dtl. 1195, —, 1/2 Dtl. 1197, —, 1/2 Dtl. 1199, —, 1/2 Dtl. 1201, —, 1/2 Dtl. 1203, —, 1/2 Dtl. 1205, —, 1/2 Dtl. 1207, —, 1/2 Dtl. 1209, —, 1/2 Dtl. 1211, —, 1/2 Dtl. 1213, —, 1/2 Dtl. 1215, —, 1/2 Dtl. 121